## Presse-Information



Bayerischer Bauindustrieverband e.V. 80331 München Oberanger 32 Postfach 33 02 40 80062 München Telefon +49 89 235003-11 Fax -71 info@bauindustrie-bayern.de www.bauindustrie-bayern.de

Thomas Bauer: Für eine nachhaltige Investitionspolitik unserer Städte und Gemeinden

München, 22. Juni 2005 **7 / 05** 

(bbiv) München. "Nur eine nachhaltige Investitionspolitik unserer Städte und Gemeinden sichert unseren Wohlstand und schafft die Voraussetzung für das Wohlergehen von morgen" sagte Prof. Thomas Bauer, Präsident des Bayerischen Bauindustrieverbandes, heute in München bei der gemeinsamen Pressekonferenz des Bayerischen Gemeindetages und des Bayerischen Bauindustrieverbandes.

Bauer erläuterte: "Nachhaltigkeit hat für mich eben nicht nur mit Ökologie zu tun. Ich verstehe unter Nachhaltigkeit konkret: Die Gemeinde so entwickeln, dass unsere Kinder genau so gut leben können wie wir heute. Es geht also genauso um gute Schulen, um leistungsfähige Straßen, um einen schönen Wohnraum und vieles mehr."

Als einzig richtigen Weg dahin sieht Bauer eine nachhaltige Investitionsausrichtung der Kommunen an. Dazu Bauer erläuternd: "Zuallererst erfordert dies in den Kommunalhaushalten Freiraum für Investitionen zu schaffen durch weniger Staatsaufgaben". Bei allem, was keine unmittelbar hoheitliche Aufgabe sei, so Bauer, müsse überlegt werden, ob eine Privatisierung oder PPP – Public Private Partnership – sinnvoll sei. Bauer: "Weniger Staat – das heißt mehr Freiheit und mehr Wachstum. Weniger Staat fängt bei den Kommunen an".

Damit die Kommunen mit den ihnen anvertrauten Steuergeldern auch richtig umgehen können, brauchen sie zuallererst eine verlässliche und belastbare Zahlenbasis. Bauer forderte: "Die bayerischen Kommunen müssen schleunigst auf ein modernes Rechnungswesen mit doppelter Buchführung und Erfassung ihres Vermögenswertes umstellen." Die Kameralistik, das über 450 Jahre alte, derzeit noch gebräuchliche Rechnungswesen, ist für Bauer überholt.

"Natürlich brauchen die Kommunen eine verlässliche und ausreichende Finanzbasis, so Bauer. "Aber dafür braucht man die alte Gewerbesteuer nicht mehr." Für Bauer steht fest: "Viel besser erreicht man diese Ziele mit dem so genannten Zuschlagsmodell: Mit eigenen Hebesätzen beteiligt an der Einkommen- und der Körperschaftsteuer sowie einem erhöhten Anteil an der Umsatzsteuer bekommen die Kommunen die sicherste und verlässlichste Steuerquelle, die man sich vorstellen kann". Abschließend stellte Bauer fest: "Gleichzeitig wäre dies ein erster Schritt zu einer Vereinfachung unseres komplizierten, nicht mehr verstehbaren Steuersystems, weil eine ganze Steuerart wegfiele." Für Bauer wäre dies ein erstes Zeichen der Reformfähigkeit Deutschlands.